

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

O2_2/17 Einführung eines basisdemokratischen verbindlichen Mitgliedervotums zur Wahl des SPD Parteivorsitzes

1 In ihrer aktuell praktizierten Form ist die Wahl des Parteivorsitzes durch die Delegierten des
2 Bundesparteitages nur im Anschein demokratisch. Formal liegt die Wahl zwar bei den Delegierten,
3 praktisch wird ihnen jedoch lediglich eine einzige Kandidatur präsentiert, die zuvor durch
4 Verhandlungen und Abstimmungen zwischen dem Präsidium, dem Vorstand, und Vertreter*innen
5 der Landesverbände bestimmt wird. Eine gleichberechtigte Beteiligung aller innerparteilichen
6 Interessensgruppen an diesem Auswahlverfahren ist nicht gewährleistet. Stattdessen genießen
7 bestimmte Gruppen, stark abhängig von den personellen Konstellationen und Netzwerken in der
8 Parteispitze, unverhältnismäßige Einflussmöglichkeiten. Da die Initiative des Wahlvorschlags
9 außerdem beim Vorstand liegt, entstehen asymmetrische formelle Hürden zwischen den
10 Delegierten und der Parteispitze, die abschreckend auf Kandidaturen aus der Basis heraus wirken.
11 Darüber hinaus werden Delegierte die trotzdem von der vorgegebenen Linie der Parteihierarchie
12 abweichen oft von dieser dafür sanktioniert.

13 De facto findet keine Wahl statt, sondern lediglich ein Bestätigungsverfahren. Dieses Verfahren führt
14 mitunter zu absurden Ergebnissen. So muss sich zum Beispiel ein*e unbeliebte*r Parteichef*in trotz
15 offenkundigem Unmutes in signifikanten Teilen der Basis keine*r/m Gegenkandidat*in/en stellen.
16 Gleichermäßen ist ein*e neugewählte*r Vorsitzende*r in der Lage ein unter demokratischen
17 Gesichtspunkten höchst bedenkliches Ergebnis von 100% einzufahren. In beiden Fällen hätte eine
18 inhaltliche Auseinandersetzung mit eine*r/m Alternativkandidat*in/en der Gesundheit der Partei
19 besser gedient.

20 Ein solches Prinzip der „Hinterzimmer Deals“, dass die schlimmsten Politik-Stereotypen zu bemühen
21 scheint, ist einer Partei die das Wort „demokratisch“ in ihrem Namen trägt schlicht unwürdig. Wir
22 fordern daher, dass der Parteivorsitz künftig nicht von den Delegierten des Bundesparteitages,
23 sondern durch ein verbindliches basisdemokratisches Mitgliedervotum bestimmt wird.

24 Ein solches Mitgliedervotum stärkt die politische Debatte in der Partei, schärft die inhaltliche
25 Ausrichtung, und adressiert personelle Stagnation. Es führt zu einer verstärkten Rechenschaftspflicht
26 zwischen Parteispitze und Basis. Anstatt lediglich im Notfall die Reißleine zu ziehen oder auf
27 Rücktritte von Vorsitzenden zu warten, entsteht so eine kontinuierliche Debatte über die
28 Ausrichtung der Partei, in der alle zwei Jahre Kandidaten gefunden-, Argumente vorgetragen-, und
29 Mehrheiten organisiert werden müssen.

30 Des Weiteren macht ein solches Mitgliedervotum die konkreten Belange der Teile der Partei, die
31 nicht mit de*r/m amtierenden Vorsitzenden zufrieden sind, sichtbar. Wenn nach aktuellem
32 Verfahren ein*e Parteivorsitzende*r 74,3% der Stimmen erhält, lassen sich zwar vage Rückschlüsse
33 über Frustrationen an der Basis ziehen, jedoch keine personellen oder inhaltlichen Alternativen
34 ablesen. Wenn jedoch bei einem Basisvotum ein*e alternative*r Kandidat*in die restlichen Stimmen

1 auf sich vereint, so geht diese*r mit einem klaren Mandat einer bedeutenden Zahl von Mitgliedern
2 aus der Wahl heraus, und kann den Anspruch geltend machen, diese Positionen in der Parteispitze
3 sichtbar zu vertreten.

4 Unsere Schwesterpartei aus Großbritannien kann uns bei diesem Vorhaben als Vorbild dienen. Nach
5 einer ähnlichen Situation der inhaltlichen und personellen Stagnation nach der Wahl 2015 führten
6 die zuvor neu eingeführten Mechanismen der Basis-Partizipation zu einer Revitalisierung der Partei.
7 Über 300.000 Neumitglieder schlossen sich Labour an, um an den nötigen Veränderungen
8 teilzuhaben und diese selbst zu erwirken. Als Folge schärfte die Partei ihr sozialdemokratisches
9 inhaltliches Profil, erstarkte durch massiven politischen Aktivismus aus der Basis heraus, und konnte
10 so bei der Wahl 2017 wieder elektorale Erfolge verzeichnen.